

Merseburger Correspondent.

Erscheint:
Sonntag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag
und Sonnabend früh 7½ Uhr.
Geschäftsstelle: Delbrueke Nr. 5.

Wöchentliche Beilage:
Illustrirtes Sonntagsblatt.

Abonnementspreis
für das Quartal: 1 Mark bei Abholung. —
1 Mark 20 Pfg. durch den Heruträger. —
1 Mark 25 Pfg. durch die Post.

No. 32.

Sonntag den 14. Februar.

1892.

Die Tendenz des Jeddischen Volksschulgesezes

ist durch die Vorgänge in der Donnerstags-Sitzung der Commission in überraschender Weise ans Licht gezogen worden. Der Kultusminister hat bekanntlich dem Vorschlag der Linken, dem Prinzvizeireich durch die Beschränkung des Gesetzes auf die äußeren Verhältnisse der Volksschule ein Ende zu machen, mit der Behauptung widersprochen, es sei endlich an der Zeit, das Gesetz an die Stelle des weisen Ermessens eines Ministers zu setzen. Der Gedanke, der ministeriellen Allmacht auf dem Gebiete der Volksschule feste Schranken zu setzen, hat ja für Jeden, der die Schattenseiten des bestehenden Zustandes kennt, etwas verführerisches. Indessen stellt sich, je weiter die Betrachtung fortschreitet, um so deutlicher heraus, daß der jetzt vorliegende Gesetzentwurf zwar der Action des Ministers und der Behörden einen gewissen Rahmen giebt, daß aber, wenn das Gesetz zu Stande kommt, das weise Ermessen des jeweiligen Kultusministers nur in solchen Punkten beschränkt wird, in denen z. B. ein zweiter Fall von der Praxis des Grafen Jedd abzuweichen möchte, und daß der Minister es nach wie vor in der Hand hat, den Kirchen in der Herrschaft über die Schule Zugeständnisse zu machen, die über die in dem Gesetz festgestellten weit hinausgehen. Von freimüthiger Seite war nach dem Vorgange des Ministers v. Mähler beantragt worden, die Maximalzahl der wöchentlichen Religionsstunden in dem Gesetz festzulegen, um, wie das auch Herr von Mähler beabsichtigt hatte, zu weit gehenden Ansprüchen der Kirchen einen Damm entgegenzusetzen. Wohl hätte Graf Jedd über die Zahl der Stunden, die der Abg. Mäher nach den Jedd'schen Regulativen von 1872 normiren wollte, Bedenken erheben können, obgleich die Jedd'schen Regulativen bis jetzt noch in Kraft sind. Nichts dergleichen. Der Kultusminister erklärte, er müsse in dem Antrag ein Mißtrauensvotum gegen seine Person sehen. Auf der einen Seite also wird eine gesetzliche Regelung des Volksschulwesens verlangt, weil das weise Ermessen des Kultusministers nicht ausreicht; soll aber eine Bestimmung in das Gesetz eingefügt werden, welche dem Kultusminister den kirchlichen Ansprüchen gegenüber den Rücken stützen soll, so klagt Graf Jedd, man misstraue ihm. Diese Taktik ist außerordentlich durchsichtig. Den Kirchen gegenüber will Graf Jedd freie Hand behalten, für den Fall, daß er Anlaß haben sollte, ihnen Zugeständnisse zu machen, die sie auf Grund des Gesetzes nicht beanspruchen können. Denn wenn der Kultusminister in der That entschlossen war, am höchstens vierstündigen Religionsunterricht in mehrklassigen, an höchstens fünfstündigen an einklassigen Schulen festzuhalten, so könnte ihn die gesetzliche Festhaltung dieser Zahl nicht berühren. Die Verheißung des Ministers ist also der Art, daß ein Mißtrauensvotum gegen seine Person durchaus gerechtfertigt erscheinen könnte. Die eigentliche Absicht des Gesetzes ist keine andere als die, Vorkehrungen zu treffen für den Fall, daß in der Folge einmal ein zweiter Fall in das Kultusministerium einzutreten sollte. Nicht sein eigenes weises Ermessen will Graf Jedd beschränken, sondern dasjenige seiner eventuellen Nachfolger. Er würde auch ohne Gesetz weitgehenden Ansprüchen der Kirchen entsprechen; aber worauf es ankommt, ist, seine Nachfolger zu zwingen, eventuell im Widerspruch mit ihrer besseren Ueberzeugung seine Wege zu wandeln.

Politische Ueberflucht.

Ueber die deutsch-russischen Beziehungen hat die offiziöse Wiener „Polit. Correspondenz“, wie schon gestern nach einem telegraphischen Auszug kurz erwähnt, einen Berliner Brief erhalten, der interessant genug ist, um ihn ausführlich wiederzugeben. Eingangs wird darauf hingewiesen, daß die russischen oder russisch beeinflussten Zeitungsstimmen, welche von einer zu erwartenden Besserung in den

politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland sprechen, zurückzuführen sind auf russische Anleiheemissionen. In Bezug hierauf heißt es in der Correspondenz wörtlich: „Man sollte sich doch endlich darüber klar werden, daß alles jenes Gerede, das von Petersburg aus in die Welt geblasen wird, bei uns nicht den geringsten Glauben findet, daß man sich überhaupt nicht mehr mit Worten abspäzieren läßt, sondern Thatfachen sehen will. Im Uebrigen weiß man in Deutschland ganz genau, daß bis zum 1. Februar 1893 in Rußland den Fabrikanten gegenüber die Verpflichtung besteht, die hohen Zölle auf Eisen nicht herabzusetzen. Auch mit der Eventualität einer Aufhebung der Getreide-Ausfuhrverbote ist neuerdings durch das Hinanderversen widersprechender Nachrichten ein lebhafter Unfug getrieben worden. Alles das wird nicht im Stande sein, die ruhige und aufmerksame Kritik zu verwirren, die hier an den maßgebenden Stellen geübt wird und in der gesammten Presse eine so nachhaltige Unterstüßung findet, daß selbst von solchen Kreisen, wo man vielleicht ganz gerne ein fettes russisches Anleihegeschäft machen würde, keinerlei entsprechende Andeutung versucht wird. Die Situation ist eben in Genuß und Großen gerade dieselbe, wie sie Fürst Bismarck genau vor vier Jahren im Reichstage schilderte, als er sagte, daß selbst ein vollständiges Indienststellen unserer Politik (für gewisse Zeit) in die russische uns nicht davor schützte, gegen unseren Willen und unser Bestreben mit Rußland in Streit zu gerathen. Und gerade wie 1888 bleibt es heute noch wahr, daß man in Rußland einen alten mächtigen und zuverlässigen Freunde die Thüre geöffnet hat, der sich, nachdem er vergebens versucht, das alte vertraute Verhältnis wieder herzustellen, Niemandem außerträgt, Niemandem nachläßt. Dem gegenüber erscheint es doch einigermassen seltsam, wenn vor einiger Zeit in den „Hamburger Nachrichten“ gesagt wurde, es hätte früher jederzeit in Deutschlands Hand gelegen, sich mit Rußland auf Grund bestimmter, jetzt nicht mehr vorhandener Abmachungen, die neben dem Vertrag mit Desterreich-Ungarn bestanden, zu verständigen; jetzt hätten persönliche Bestimmungen zur Preisgabe der guten Petersburger Beziehungen und zur französischen Ermächtigung geführt.“ Als die nicht geringes Aufsehen erregende Aeußerung über bisher unbekanntes deutsch-russische Abmachungen, die seit 1890 nicht mehr vorhanden sein sollten, vor etwa vierzehn Tagen bekannt wurde, begegnete sie vielfachen Zweifeln, jedenfalls durfte man erwarten, daß weitere faktische Aufklärungen folgen würden. Das ist nun auffallenderweise bisher nicht der Fall gewesen, trotzdem es doch der journalistischen Unerfahrenheit entsprochen hätte und trotzdem auf die Zweifel der bestimmte Widerspruch gegen jene Mittheilungen gefolgt ist. Man darf gespannt sein, ob in der That jede Aufklärung ausbleiben wird.“

Eine neue russisch-französische Verbrüderungsfest scheint wieder einmal bevorzustehen. Wie der „Temps“ meldet, würde das französische Levante-Geschwader von Port-Said nach dem Vraus gehen und dort mit der gegenwärtig vor Alexandria ankernden russischen Levante-Division zusammentreffen. Ueber die ägyptische Frage beziehen bekanntlich in England zwischen den Konservativen und Liberalen sehr verschiedene Ansichten. Am Donnerstags kamen diese verschiedenen Auffassungen gelegentlich der fortgesetzten Adressdebatten auch im englischen Unterhause zur Sprache. Chamberlain richtete einen scharfen Angriff gegen die Opposition in Bezug auf die in einer Rede Gladstones enthaltenen Bedingungen zur Räumung Aegyptens. Eine solche Politik, fuhr der Redner fort, sei eines großen Landes wie England unwürdig, und würde Aegypten in den Zustand der Barbarei zurückführen. John Morley antwortete Namens der Opposition, daß Gladstones Worte mißverstanden worden seien. Er verlange die sofortige Räumung Aegyptens nicht, sondern wünsche sie nur in einer

bestimmt ausgesprochenen Zeit. Lord Salisbury's Politik beabsichtige jedoch weder den einen Kurs noch den andern. So lange England sich in Aegypten als Herr betrachte und nicht als der Beauftragte der Großmächte, werde England immer Angriffe ausgeht sein.

Zur Regelung der portugiesischen Finanzen ist bekanntlich der portugiesische Gesandte in London, Herr Soveral, nach Berlin gekommen. Bestimmte Vorschläge hatte der „Boi“ zufolge Herr Soveral nicht zu unterbreiten und ebensowenig sind ihm von hiesiger Seite Vorschläge gemacht worden; nur soviel werde Herr Soveral in Erfahrung gebracht haben, daß das hiesige Edug-Comitee gegen eine etwa beabsichtigte Kapitalreduction mit aller Entschiedenheit Front machen dürfte.

Der Sultan soll nach einer Zuschrift an die offiziöse Wiener „Polit. Correspondenz“ aus Konstantinopel den lebhaftesten Wunsch haben, daß der neue Khedive von Aegypten durch seinen Besuch in Konstantinopel dem Abhängigkeits-Verhältnisse einen feierlichen Ausdruck gebe. — Eine kleine jüdische Colonie, von dem Deutschen Friedmann am Düfer des Abagahs gegründet, wurde nach einer „Times“-Meldung aus Kairo von den ägyptischen Behörden aufgelöst, weil derselbe drohte einen Grenzstreit zwischen der Türkei und Aegypten zu verursachen. Friedmann wurde ausgewiesen.

Eine neue Revolution soll nach einer „Times“-Meldung aus Rio Grande in Brasilien bevorstehen. Die Minister haben ihren Abschied angenommen. In Belotas scheint ein Conflict zwischen dem Pöbel und den Truppen auszubrechen. Die Telegraphenlinien der Regierung sind zwischen Porto Alegre und Belotas durchgeschnitten.

Deutschland.

Berlin, 13. Februar. Der Kaiser beabsichtigte gestern Vormittag die Rekruten der Leib-Compagnie, sowie der 2., 5., 8. und 12. Compagnie des 1. Garde-Regts. z. F. Um 7 Uhr fand zu Ehren des Kronprinzen von Schweden im Schlosse ein Mahl statt, an welchem außer dem Kronprinzen von Schweden nebst Gefolge und Ehrenleutnant und dem schwedischen Gesandten am hiesigen Hofe Baron von Lagerheim auch die erzogroßherzogl. bairischen und erbrünlisch-sachsen-meining. Herrschaften und Herzogl. Hoheliten der Prinz und die Prinzessin Heinrich von Preußen und Prinz Max von Baden x. theilnahmen. — In dem Befinden der Kaiserin ist seit gestern noch keine wesentliche Aenderung eingetreten. Dieselbe ist immer noch genöthigt, das Zimmer zu hüten. — Die Kaiserin Friedrich besuchte am vorgezogenen Nachmittage das städtische Krankenhaus am Friedrichshain. — Der Kronprinz von Schweden entsprach gestern einer Einladung der erzogroßherzogl. bairischen Herrschaften zur Frühstücksfel. Heute gedankt der Kronprinz weiter zu reisen.

(Der Staatsrath) soll, wie mehreren Blättern aus Berlin geschrieben wird, demnächst berufen werden, um verschiedene wirtschaftliche Angelegenheiten seinen Gutachten zu unterbreiten. — Dabei wird auch nichts Besonderes herauskommen. — (Die Reichsunmittelbaren Preußen) sollen in Kassel nicht weniger als den zwanzigsachen Betrag der neuen Einkommensteuer verlangt haben als Entschädigung für ihre Heranziehung zur Steuerpflicht. Nachdem die Regierung sich gegen eine solche Entschädigung in dieser Höhe erklärt hat, wollen die Fürsten von Wied, Jenzburg-Heusen, Witzgenheim, Bentheim-Steinfurt und Graf von Stolberg-Rosina nochmals in Kassel zusammentreten, um zu überlegen, ob sie's nicht auch billiger thun könnten mit Rücksicht darauf, daß andernfalls die Regierung die Entschädigung ohne ihre Zustimmung durch Gesetz normiren läßt.

(Zum Volksschulgesezentswurf.) Daß die Erregung im Lande über das Schulgesetz von

der Centrumpartei in der Erklärung des Grafen Vellefrem, betreffend die Zurückziehung des Jesuiten-antrags, eingestanden worden ist, stimmt die „Kreuzzeitung“ sehr verdrießlich. Mürrisch bemerkt sie: „Wegen doch andere Leute an diese „Erregung“ glauben, wenn sie wollen; was kümmert das uns? Wir wissen, daß das Resolutionsanliegen zu den harmlosesten Befähigungen gehöre und werden uns durch dieselbe nicht beschleunigen lassen, selbst wenn es sich um das hundertfache vermehren sollte.“ Gegen die Minorität der Volksschulcommission erlaubt sich die „Kreuzzeitung“ neuerdings sogar Drohungen. Gegenüber der Fruchtbarkeit der Freikonfessionen, Nationalliberalen und Freisinnigen in Abänderungsanträgen müßten die Konfessionen und Klerikalen zu dem „ernstesten Mittel der Schlussanträge greifen“, jedenfalls sich mögliche Referre in ihren Replikten auferlegen. Einfach Niederstimmen rath also das Junferblatt an.

Der preussische Schulgesetzentwurf im Lichte der deutschen Unterrichts-gesetzgebung lautet der Titel einer Broschüre, welche im Auftrage des geschäftsführenden Ausschusses des „Deutschen Lehrervereins“ von H. Teres bearbeitet und schon bei Julius Mübhardt in Berlin W. erschienen ist (75 Hja.) Der Verfasser stellt den Hauptbestimmungen des Jeddtschen Entwurfs in unerwartlicher Anordnung die entsprechenden Vorschriften der in Oesterreich und den deutschen Staaten geltenden Gesetze in wörtlicher Anführung gegenüber und legt in aller Kürze die Tragweite jeder Einzelbestimmung dar. Im Lichte der deutschen Schulgesetzgebung erfahren die verhängnisvollen Bestimmungen des Entwurfs erst die Bedeutung, welche sie in ihrer orthodoxyreactionären Tendenz unerbittlich kennzeichnet. Andererseits zeigen die Bestimmungen anderer Schulgesetze den Weg zur Verbesserung des Entwurfs. Was in etwa 20 deutschen Staaten und in Oesterreich seit Jahrzehnten Geseh ist, kann auch in Preußen gefordert werden. Man wird erstens sein über den schroffen Gegensatz, in den das preussische Schulgesetz, falls dieser Entwurf Gesetzeskraft erhielt, zu demjenigen des übrigen Deutschlands treten würde. Von vornherein hat man außerhalb Preußens dem Entwurf eine ganz außergewöhnliche Aufmerksamkeit zugewandt. Das deutsche Volk fühlt, daß es sich nicht um die preussische Volksschule allein handelt. Der Volksschulgesetzentwurf der preussischen Regierung hat eine nationale Frage herausbeschworen: die Frage, ob die deutsche Volksbildung in die Fesseln des römischen Klerus und der protestantischen Orthodoxie geschlagen werden soll oder nicht. Ist die Schule Preußens unter das kirchliche Joch gebeugt, so werden andere Staaten folgen. Das preussische Schulgesetz wird der Beginn einer neuen Ära der deutschen Unterrichts-gesetzgebung werden, eine Ära des allgemeinen Aufschwungs und auch die Schulfämpfe im befreundeten Oesterreich neu entfachen. Je früher man diese Gefahr klar erkennt, um so besser. Diese Erkenntnis zu fördern, erscheinen die Zusammenstellungen der Broschüre ganz besonders geeignet. Der Widerstand gegen den Entwurf wird innerhalb und außerhalb Preußens um so energischer werden, je mehr man sich bewußt wird, daß dieser Entwurf als Gesetz keineswegs in Deutschland nicht haben würde und weitaus liegt von dem Wege, auf den man in den letzten Jahrzehnten die Hebung und Berechtigung der geistigen Volkskraft auf deutschem Boden angestrebt hat.

Wen der Verschärfung des confessionellen Prinzips für die Schulen erwartet ein Geistlicher auf dem Lande in Schlesien in einer Zuschrift an das „Königliche Tagebl.“ eine sehr nachtheilige Wirkung auf das Bestreben mancher Landgemeinden, in vermeintlich religiösem Interesse sich confessionell „rein“ zu halten oder auch möglichst „rein“ zu machen, d. h. es zu verhindern, daß Mitglieder einer anderen, als der in der Gemeinde herrschenden, Confession in die Gemeinde aufgenommen werden, und die etwa noch vorhandenen möglichst zu verdrängen. Es wird da z. B. im Stillen abgemacht, Keinem von einer anderen Confession, der etwa in die Gemeinde ziehen will, eine Wohnung zu vermieten, bei Verkäufen von Grundstücken nur Käufer der herrschenden Confession heranzuziehen, und Aehnliches. Gerade Schwestern bieten in dieser Beziehung mehr Beispiele, als man glauben sollte. Wird nun im Sinne des § 15 des Entwurfs die Gründung besonderer Confessionsschulen begünstigt, so würde das Interesse der Sparsamkeit der Kommunen jenes Bestreben confessioneller Abschließung noch mehr fördern.

(Am sächsischen Landtage) führte am Dienstag gelegentlich der Beratung des Etats der beiden sächsischen Regierungsorgane, der „Leipziger Ztg.“ und des „Dresdener Journals“ der freisinnige Abgeordnete, Bürgermeister Böhmisch-Dresden Beschlüsse über die Haltung der „Leipziger Ztg.“ Dieselbe bewahre nicht diejenige der Objectivität, die man von einem Regierungsblatt fordern

müsse, ihre Schreibweise sei verkehrt, wie es sich einer Staatszeitung nicht ziemt. Auch die Art und Weise, wie die „Leipziger Ztg.“ dem Antisemitismus huldige, sei aufs schärfste zu tadeln. In derselben Weise äußerte sich der sozialdemokratische Abgeordnete Stolle, während der Minister des Innern von Meißel die Erklärung abgab, daß die Regierung mit der Leitung der erwähnten Blätter im ganzen einverstanden sei. Daß die Juden Staatsbürger seien, die ebenso wie alle anderen des staatlichen Schutzes fähig seien, erkannte er bedingungslos an. Die „Leipziger Ztg.“ bekämpfte aber nicht das Judenthum im Allgemeinen, sondern das Judenthum im Christentum. Die in Anregung gebrachte Umwandlung des „Dresdner Journ.“ für welches im neuen Etat ein Zuschuß von 58 000 Mk. eingestellt werden mußte, in ein einfaches staatliches Anzeigblatt erklärte der Minister für undurchführbar.

Ueber die unklaren Vorstellungen vieler Landwirthe in Betreff ihres Einkommens äußerte sich der Vorsitzende der Steuer-einschätzungscommission für den Landkreis Aachen, Landrath Dr. Freiber v. Geels, in einer Sitzung des landwirthschaftlichen Casinos nach der „Köln. Ztg.“ folgendermaßen: „Ich habe die Erfahrung gemacht, daß das Rechnungswesen nirgendwo so sehr im argen liegt, als gerade beim Landwirth. Es ist mir im Laufe der letzten Wochen eine große Anzahl von Steuerdeklarationen zugegangen und ich kann Ihnen sagen, daß die von den Landwirthten eingereichten Steuererklärungen durchgängig die in der Form am unvollkommensten gearbeiteten sind. Ich glaube nicht zu weit zu gehen, wenn ich sage, daß ein erheblicher Theil der Landwirthte selbst gar nicht weiß, was er im Jahre einnimmt und ausgiebt, und daß mancher Landwirth, der vielleicht schon zehn oder zwanzig Jahre wirthschaftet, sich in dieser ganzen langen Zeit kein einziges Mal hatzulegen hat, wieviel er im Laufe des Jahres aus seiner Wirthschaft in Baarwerth verdient. Ich würde mich nicht wundern haben, wenn manche Landwirthte in den Steuererklärungen einen etwas niedrigeren Gewinn angeben würden, als ihn die bisherigen Einschätzungen anzeigen, aber das ist nicht der Fall gewesen. Manche deklarirten in derselben Höhe wie bisher, andere niedriger, andere aber suchten wieder darzutun, daß sie überhaupt keine Einkünfte hatten. Ich habe sogar Declarationen, wo die Betreffenden herausredeten, sie hätten bei ihrer Wirthschaft noch zugezogen, und das sind Leute, die längere Jahre in einfachen aber gergelzten Verhältnissen leben und jedenfalls im Laufe der Zeit, wenn auch vielleicht keine Kapitalien zurückgelegt, so doch keine Schulden gemacht haben. Diese Declarationen beweisen doch offenbar, daß sich die Leute nicht in euferntesten Fall machen können, was überhaupt bei der Landwirthschaft herauskommt.“

(Unteroffizierschulen und Soldaten-mißhandlungen.) Ein Wiener Correspondent der „Allgemeinen Zeitung“ berichtet, daß man in Oesterreich-Ungarn eine eigene Erfahrung gemacht habe. Auch hier gab es früher Unteroffizierschulen, in welchen junge Leute für ihren Beruf erzogen wurden. So lange diese Anstalten bestanden, hörte man viel häufiger Klagen wegen Ueberhebung Einzelner, als jetzt, da sie aufgelöst sind und die Unteroffiziere unmittelbar aus der Truppe genommen und durch hohe Kränzen zu längerem Verbleiben bei der Fahne bestimmt werden. Es scheint, daß das Selbstgefühl, welches die Unteroffiziere aus ihren Schulen mitbrachten, und das ihnen ihre Stellung als eine dem gemeinen Mann weit überlegene ausmalte, sie zur Härte gegen die ihnen untergebenen Kameraden verführte. Ohne die genügende Bildung zu besitzen, um mit eiletem Pflichtgefühl erfüllt zu sein, und doch genährt mit dem Stolz ihres Berufes, ließen sie sich häufiger im Dienste zu Ausschreitungen verleiten. Diese sind seltener geworden, seitdem die Unteroffiziere der österreichisch-ungarischen Armee ausschließlich aus der Truppe genommen werden.

Parlamentarische Nachrichten.

Die Schulgesetzkommision erledigte am Freitag die §§ 6 bis 13 inclusive mit Ausnahme des wichtigen al. 3 des § 6, welcher die Beteiligung der kirchlichen Oberbehörden bei der Einführung neuer Lehrpläne und Schulbücher für den Religionsunterricht regelt und mit Ausnahme des § 11, betreffend Einschulung von Kindern gegen den Willen der Eltern. Die zurückgestellten Bestimmungen sollen im Zusammenhang mit den weiteren prinzipiellen Paragraphen verhandelt werden. Zu § 6 (Bestimmung des Lehrplans u. s. w. durch den Regierungspräsidenten) lagen Anträge der Nationalliberalen und der Konfessionen vor, welche die Entschärfung der Verwaltung über neue oder erhöhte Anforderungen an die Unterhaltungspflichtigen einschränken sollen. Der Cultusminister widerspricht der Tendenz der Anträge nicht. Beiläufig hebt er hervor, daß er das Schul-

gesetz von 1887 in seinen Wirkungen nicht für nützlich erachte, wie er denn auch als Mitglied des Staatsrats seine Meinung offen gesagt habe; worauf Herr Ritter daran erinnerte, daß die freisinnige Partei, die den Standpunkt des jetzigen Cultusministers von Anfang an getheilt habe, seiner Zeit von den Konfessionen deshalb auf das Befriedigte angegriffen worden sei. Bei der Abstimmung wird der Antrag Hobrecht gegen 9 Stimmen abgelehnt, dagegen der Antrag Barfels und Gen. angenommen. Darnach darf der Regierungspräsident Bestimmungen, betreffend die Errichtung neuer Volksschulen, Klassen oder Lehranstalten, welche neue oder erhöhte Leistungen der Unterhaltungspflichtigen erforderlich machen, nur nach Anhörung der verordneten Kreis- (bei Stadt-) Schulbehörden treffen. Von besonderem Interesse war die Beratung des Antrags Birchows, wonach der Cultusminister bei der Aufstellung des Lehrplans, der inneren Einrichtung der Volksschule u. s. w. nach Anhörung eines obersten Schulraths, der aus Lehrern, Ärzten, Geistlichen und Architekten bestehen soll, allgemeine Vorschriften erlassen soll, deren Ausführung der Regierungspräsident mit dem Recht, locale Abweichungen im Benehmen mit den Kreis- (Stadt-) Schulbehörden zuzulassen, überwacht. Nach Motivierung des Antrags, den Birchow als eine Stärkung der Stellung des Cultusministers bezeichnet, erklärt letzterer, er persönlich sehe dem Gedanken sehr nahe, vorausgesetzt, daß der oberste Schulrath nur beratende Funktion sei; die Verantwortung müsse beim Minister selbst liegen. Er wisse sehr wohl, daß im Lande viel Unzufriedenheit dadurch hervorgerufen werde, daß alles in Berlin geregelt werde; er habe das während der 18 Jahre, in denen er nicht Beamter gewesen sei, empfindlich genug erfahren. Die Abg. Grimm, Hobrecht, Lubowicz und Zeh. v. Zedlitz sprachen sich im Beinsig für den Antrag aus; die Abg. Kinteln, Briel gegen denselben, ebenso Graf Limburg-Silrum, der für den obersten Schulrath nicht einen Großchen bewilligen will. Entsprechend der Anregung des Cultusministers zieht Birchow seinen Antrag bis zur Beratung der Novelle zum Gesetz über die allgemeine Landesverwaltung zurück. Demnach wird die Hauptbestimmung des § 6 unter Streichung der Worte: „die Veränderung der bestehenden Schuleinrichtungen“ (bestimmt der Reg. Präsident) von der Mehrheit angenommen. Die zweite Bestimmung, wonach in Stadtfreien die verordnete Stadtschulbehörde über die Errichtung neuer Schulen, Klassen und Lehranstalten beschließt, wird mit dem von dem Grafen Limburg beantragten Zusatz angenommen, daß das Gleiche für solche Städte gilt, denen die Berechtigung dazu seitens des Ministers ertheilt ist. Als neuen § 9a beantragt Abg. Kinteln folgendes: „Bei mehrklassigen Schulen sind wenigstens die oberen Klassen in der Regel nach Geschlechtern getrennt einzurichten. In den oberen Mädchenklassen sollen, wo die Verhältnisse es gestatten, Lehrerinnen den Unterricht erteilen.“ Der Antragsteller motivirt diesen Antrag damit, daß auf Mädchen die Lehrerinnen größeren Einfluß haben als die Lehrer. Der Commissar des Cultusministers konstatirt, daß die Verwaltung der Anstellung von Lehrerinnen wohlwollend gegenüberstehe; zur Zeit seien 6800 Lehrerinnen, davon 4300 an katholischen, 2500 an evangelischen Klassen thätig. Die Abg. Seyffardt und Grimm sind dem Antrag sympathisch; Ritter befürwortet denselben, vorbehaltlich einer anderen Fassung. Er meint aber, daß prinzipielle Wohlwollen der Verwaltung für die Lehrerinnen sei fastlich z. B. beim Schullastengesetz, welches für die Lehrerinnen nur einen geringen Zuschuß gewähre, nicht bewiesen. Der Cultusminister versichert, er habe seit seinem Eintritt in das Amt die Errichtung von Lehrerinnenstellen gefördert. Der Antrag Kinteln wird gegen 6 Stimmen abgelehnt. § 10 — in Städten sollen in der Regel Volksschulen mit mindestens drei aufsteigenden Klassen bestehen — wird unverändert angenommen. § 12 läßt, wenn die Zahl der einem Lehrer überlesenen Kinder 80 übersteigt, die Errichtung einer Halbtagsschule zu. Ritter beantragt bei mehr als 120 Kindern die Anstellung eines zweiten Lehrers. Der Cultusminister bereichert diesen Antrag als unannehmbar, da derselbe die Staats- sowohl als die Gemeindefinanzen, namentlich in ärmeren Gegenden, unverhältnißmäßig heilgen würde. Auch der Commissar des Finanzministers erklärt, die Regierung könne nicht weiter gehen; jetzt schon beständen die größten Bedenken bezüglich des bereits gewährten. Nachdem sich Wessel (frick.) und v. Huene gegen Emmeccerus für den Antrag erklärt hat, wird derselbe abgelehnt. Dagegen erhält auf Antrag Brul § 12 folgenden Zusatz: „Sind ein Lehrer und eine Lehrerin ange stellt, so sind Mittel und Oberklasse nach Geschlechtern zu trennen. In den Knabenklassen ertheilt der Lehrer, in den Mädchenklassen ertheilt die Lehrerin den Unterricht.“ Nächste Sitzung Montag.



Schwarze Damenkleiderstoffe

bestes Geraer Erzeugniß, mit bedeutender Preisermäßigung.
Schwarze glatte Gewebe in tief- und mittelblauschwarz
 Reine Wolle, das Meter 3,00, 2,70, 2,50, 2,00, 1,90, 1,70, 1,50, 1,30, 1,10, 1,00, 0,90, 0,85 Mk.
Schwarze gemusterte Gewebe, Jacquards und Streifen,
 sehr reiche Sortimente,
 Reine Wolle, das Meter 3,50, 3,00, 2,70, 2,50, 2,40, 2,00, 1,80, 1,60, 1,50, 1,30, 1,00, 0,95 Mk.

Für Confirmanden besonders geeignet:

- 1 Gelegenheits-Partie: **Reinwollener Geraer Streifen** in vielen Farben, sehr solide Waare, $\frac{3}{4}$ breit, das Meter **90 Pf.**
- 1 Gelegenheits-Partie: **Reinwollener Geraer Jacquards** in allen Farben, sehr elegante Dessins, $\frac{3}{4}$ breit, das Meter **1,- Mk.**
- 1 Gelegenheits-Partie: **Reinwollener Geraer Jacquards Pr. Pr.** in allen Farben, sehr schwere Qualität, $\frac{3}{4}$ breit, das Meter **1,25 Mk.**

Otto Dobkowitz, Merseburg,
 En gros. Entenplan Nr. 3. En detail.

Sirchlicher Verein St. Maxim.
 Die für Montag den 15. d. angedachte
Männer-Versammlung fällt aus.
 Der Vorstand.

Verband der kirchl. Vereine.
Männer-Versammlung
 der Mitglieder der kirchlichen Männer-Vereine
 am Sonntag den 14. Februar, abends
 8 Uhr, in der Kaiser-Wilhelms-Halle.
 Vortrag des Herrn Pastor Keller aus
 Berlin: „Der Kampf gegen die Unzucht“.
 Alle Mitglieder sind hierdurch eingeladen.
 Gäste sind willkommen. Der Vorstand.

Verammlung
 des
**landwirthschaftlichen Bauern-
 und Consum-Vereins**
 Sonntag den 14. Februar,
 nachmittags 3 Uhr,
 im **ZooL. Z.**
 Sämmtliche Mitglieder beider Vereine werden
 gebeten, zu dieser Versammlung zu er-
 scheinen, da wichtige Vereinsangelegenheiten
 zur Besprechung gelangen.
 Der Vorstand.

Turn-Verein Rothktein.
 Heute Sonntag den 14.
 Februar, von Nachmittags 3
 Uhr ab,
Vorturner-Tänze
 im **Schützenhaus.**
 Die Vereinsbanen werden hiermit ganz
 ergebenst eingeladen. Der Vorstand.

Weintraube.
 Sonntag
Pflanzenkutschmanns.
 Nachmittags von 4 Uhr ab **Tanzmusik.**
 Es ladet freundlich ein **F. Ködel.**

Ein tüchtiger Inverbrachter
Grossknecht,
 welcher die Landwirtschaft gründlich versteht,
 aufs Recht steht und gute Zeugnisse hat (Jahre
 90 Jhr.), findet sofort Stellung durch
H. Volt, Oberreitstraße 14.

Ein Sohn achtbarer Eltern als
Glaserschleifer
 Karl Seidrich,
 Glasermeister, Kreuzstraße.

Gesucht.
 Ein Geschichtswurm, Witwer, Mitte 40er
 Jahre, ohne Kinder, sucht die Bekanntschaft
 eines älteren Mädchens, Ende 30er Jahre,
 oder Witwe behufs Vereinerung zu machen.
 Guter Charakter Hauptbedingung. Gefällige
 verlässliche Aeußerung unter **11. 100** wolle
 man vertrauensvoll an die Exped. d. Bl. senden.
 Beschlusfrist 14. Ehrenhede.

Einem Schilling für
A. Gleye, Hofmarkt 11.
 Ein lauberes junges Mädchen als **Ver-
 waltung** gesucht **Wilhelmstraße 11.**
 Einem Schilling für zu Dien
B. Meckel, Bombelgärtner,
Reitstraße.
 Ein ordentliches Dienstmädchen wird 1. März
 gesucht **Oberreitstraße 22.**

Werthvolle Regulatoren,
Wand- und andere Uhren
 zu herabgesetzten Preisen zu verkaufen
kleine Ritterstrasse Nr. 17.

Peruanischer Guano
 Zur bevorstehenden Frühjahrssaison empfehlen wir dem ver-
 trauenen landwirthschaftlichen Publikum
rohen, gemahlten u. aufgeschlossenen Peru-Guano
 unter der **„Füllhorn-Markte“**,
 auf welche wir besonders zu achten bitten.
 Der Peru-Guano hat sich seit Jahrzehnten als sicherster
 und wirksamster Düngemittel bewährt; nur dieser, als tierisches
 Excrement, darf dem Stalldünger als ebenbürtig zur Seite gestellt
 werden, nicht aber die vielen künstlichen Gemische mineralischen
 Ursprungs. Die Erfahrung aller Orten und Zeiten lehrt, dass die Düngung mit Peru-Guano
nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ bei allen Getreide-
 arten, Hackfrüchten etc. die **relichsten und best-n Ernten** liefert und **daneben**
eine andauernde Verbesserung des Bodens bewirkt, was bei Düngung
 mit mineralischen Stoffen, namentlich mit Chalk-Salpeter, nicht zutrifft.
Merseburg, im Januar 1892.

Anglo-Continentale (von Ohleodorff'sche) Guano-Werke.
 Alleimige Importeure des Peru-Guano für alle Länder der Welt

Casthof drei Kronen
Merseburg.
 Bringt meine aufs komfortabelste eingerichteten Localitäten in em-
 pfiehlende Erinnerung.
 Gleichzeitig empfehle ich **F. Merseburger Schlossbräu,**
Bockbier von H. Offenauer aus Delitzsch, **Spatenbräu** und
Grätzer Bier. Hochachtungsvoll
S. Augustin Hoffmann.

Maskenball.
Gesang-Verein Thalia
 beabsichtigt **Sonntag den 28. Februar** in den feinsten
 geschmückten Räumen der **Reichskrone** einen Maskenball
 abzuhalten, woran auch Nichtmitglieder theilnehmen können.
Karten im Vorverkauf: Herrenmasken 1 Mk.,
 Damenmasken 75 Pf., Zuschauer 50 Pf., sind bei den Herren
Kaufleuten Karl Schmidt, Ulstraßenburg 59, **Moritz Nier,** kleine Ritter-
 strasse, und **Otto Danor,** Neumarkt 61, zu haben.
 An der Abendkasse: Herrenmasken 1,25 Mk., Damenmasken 1 Mk.,
 Zuschauer 75 Pf.
Narrenkappen an der Abendkasse.
 Anfang 7 Uhr.
 Für Aufführungen wird beizus georgt.

Gross-Kayna.
 Zum **Pflanzenkutschmanns** u. **Ball**
 Sonntag den 14. Februar ladet freundlich ein
Schranke, Gohrtw.
Zur Zufriedenheit.
 Heute früh 9 Uhr
Speckkuchen.

Ältere und jüngere Verwalter, Auf-
 seher, Schmiedler, Anstler, Fleiner, Gärtner,
 Schärer, Schlichter, Anstler, Landwirthschafts-
 terinnen erhalten sofort und unter Stellung
 durch das **Landwirthschaftliche Bureau**
 von **Friedrich Große, Halle a.S., Kurze-
 gasse 1, an Leipziger Thurm.**
 Auch Sonntags bis 12 Uhr geöffnet.

Einem Lehrling
 sucht zu Dien
J. H. Kibe, Altonenmeister.

Einem deutschen Lebens- und Aussteuer-
 Versicherung sucht für Merseburg unter ganz
 besondern günstigen Bedingungen einen
Haupt-Agenten
 selbstständige Geschäftshandwerker nicht ange-
 schlossen und wollen Bewerber ihre werthen
 Offerten unter **W. R. 69** in der Exped.
 d. Bl. umgehend niederzulegen.
 Zum 1. April wird ein **ordentliches**
Dienstmädchen als **erstes Mädchen** gesucht
Neumarkt 62.

Tüchtige Schreiber
 finden sofort Nebenbeschäftigung bei der
Königlichen Wege-Inspection hier.
Böhlstraße 51.

Ein **kräftiges Dienstmädchen**
 für Küche und Hausarbeit wird zum 1. April
 gesucht **Oberburgstraße Nr. 7.**

Ein **Mädchen**
 sofort gesucht **Schmalzstraße 5.**

Ein **älteres Mädchen**
 für Küche und Hausarbeit sucht zum 1. April
Fran Rechtsanwalt Bäge,
Markt 11.
 Ein fleißiges und ordentliches Mädchen
 sucht zum 1. April
Frau Marie Schwarz.

Nachruf
 dem treuerdienten **Zierfuss**
Friedrich Dierfuss
 aus **Niederbenna.**

So thaterreich und ebel war sein Leben,
 Das gute Herz geöffnet fremden Leid,
 Und rein war seines treuen Geistes Streben,
 Und Wohlthat seine höchste Seligkeit.
 Wer so gelebt, der ist uns nicht geforden,
 Da auch geendet seines Lebens Traum,
 Sein Name hat Unsterblichkeit erworben,
 Leb fort in unrer Herzen stillen Raum.
 Heil ihm! Heil ihm! Er hat das Ziel er-
 rungen.
 Wo ihm die Belmonten ein **Gerap** zeigt,
 Und von der Engel Gestirnen umflungen,
 Sein Haupt voll **Donuth** er dem **Wogen** zeigt.
 Gephidmet
 von der **Gemeinde Niederbenna.**
 Die Verbligung findet Sonntag den 14. d.
 Bl., nachmittags 2 Uhr, statt

Nachruf.
 Unrem **Freunde Franz Schmidt** zu
 seinem 18. Weigenfeste ein **dreimal** donnerndes
 Hoch, das die ganze **Mälerstraße** wadelt und
 alle mit ihm vor Freude auf dem **Zeigberg**
 jappelt.
Mehrere Freunde.
Hierzu eine Beilage.

Parlamentarische.

Deutscher Reichstag. (Sitzung vom 12. Februar.) Am Freitag wurde heute zum Ort der Eisenbahn... Die Angelegenheiten des Reichstages sind heute noch nicht erledigt.

aus Steuden bei Schaffstädt gebürtig, 21 Jahre alt, viermal verheiratet wegen Sachbeschädigung, Hausfriedensbruchs und Körperverletzung, wegen verdächtigem Sittlichkeitsverbrechen unter Annahme milderer Umstände zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt und ihm hiervon 2 Monate durch seine Untersuchungshaft für verübt erklärt.

Aus Leipzig wurde unter Mitnahme von 7000 Mk. unterschlagenen Geldes der 21jährige Gehilfe eines Confectionsgeschäfts, Namens Georg Ernst August Koneke aus Beer in Dörfelsland flüchtig. Es werden auf Ergreifung des Diebes 300 Mk. Belohnung gesetzt.

Localnachrichten.

Merseburg, den 14. Februar 1892.

Unsere Berliner Verlagsfirma scheint mit ihrem Druckerpersonal trotz der Beendigung des Streiks noch nicht ganz im Reinen zu sein, denn die fällige Nr. des illustrierten Sonntagsblattes ist wiederum ausgeblieben.

In einem Verkaufsladen der Delgrube erdreistete sich gestern Abend ein das Betteln ansehendes als Geschäftsbetreibender Strolch, ohne Beieiters bis in die Ladenstube vorzudringen und hier dem Geschäftsinhaber, der dem angetrunkenen Subject natürlich eine Unterstützung verweigerte, seinerseits frech 5 Pfennige anzubieten.

In der Sitzung des hiesigen Bezirks-Ausschusses vom 5. d. M. wurden nach der Hall. Ztg. u. A. folgende Verwaltungstreifachen verhandelt: 1) Dem in Meuschan unterstüthungswohnhilfsberechtigten, in Merseburg wohnhaften Schneidemüller K. war aus Ansuchen seiner Ehefrau am 22. October 1891 vom Drisarmenverbande Merseburg eine außerordentliche Unterstützung von 3 Mark gewährt worden.

Aus Wittenberg, 11. Februar, schreibt man der S. Ztg.: Heute wurden die zu einer 10tägigen Lebung gemeinen ältesten Reservisten des 20. Regiments entlassen. Sie haben einiger schlechten Elemente wegen diesmal keinen guten Ruf hier hinterlassen. Am Sonntag Vormittag versuchten drei der Reservemänner den Gottesdienst in der Stadtkirche zu stören, wurden aber sofort von einem Offizier festgenommen und büßen nun, während die anderen nach Hause gehen, ihr Vergehen mit 14 Tagen Arrest, und am Sonntag Abend folgten sich gar einige von ihnen auf dem Martyrtage herum und brachten in dieser „Kage“ Hochs auf Bebel aus.

In der Telegraphencommission ist es am Freitag mit Hilfe eines Theils des Centrums gelungen, eine kleine Verbesserung der früheren Beschlüsse gegen den Wunsch des Staatssecretärs von Stephan durchzusetzen. In der Sitzung des Reichstages wurde heute noch nicht erledigt.

In Angelegenheiten des Raumburger Bankvereins schreiben die dortigen „Nachr.“: Das Ergebnis der Bestätigung des Etablissemments des Hauptschuldners bei Aeten ist ein relativ sehr günstiges gewesen. Das im Entstehen begriffene Werk repräsentirt einen hohen Werth und hat entschieden eine große Zukunft.

Die Unterstützung der Drisarmenverbande Merseburg eine außerordentliche Unterstützung von 3 Mark gewährt worden, um seine und seiner, aus der Ehefrau und 7 Kindern bestehenden, Familie dringende Noth, welche in Folge völliger Arbeits- und Mittellosigkeit eingetreten war, zu lindern.

Provinz und Umgegend.

In Freybergs Garten zu Halle ist am Freitag Vormittag ohne besondere Feierlichkeit die Geflügel-Ausstellung des Clubs deutscher und österreichisch-ungarischer Geflügelzüchter eröffnet worden. Dieselbe hält in vollem Maße das, was sie versprochen hat.

Das „Abg. Red.“ schreibt in derselben Sache: In der vorigen Nummer ist über die Verathung der Angelegenheiten des hiesigen Bankvereins berichtet worden, welcher hiesige Justizbeamte beigemessen haben. Diese waren dahin abgeordnet von einer Anzahl von Männern, welche sich vereinigt haben, um die Rechte der zahlreichen Einlagegläubiger des Bankvereins zu wahren.

Die Unterstützung der Drisarmenverbande Merseburg eine außerordentliche Unterstützung von 3 Mark gewährt worden, um seine und seiner, aus der Ehefrau und 7 Kindern bestehenden, Familie dringende Noth, welche in Folge völliger Arbeits- und Mittellosigkeit eingetreten war, zu lindern.

In der Freitagsitzung des Halle'schen Schwurgerichts wurde der Arbeiter Albert Kade,

In Koburg ist ein in den besten Vermögensverhältnissen lebender Kaufmann wegen Erpressungsverdachts zu 3 Wochen Gefängnis verurtheilt worden. Er hatte von einer Witwe den Betrag einer längst bezahlten Rechnung unter Drohungen zum zweiten Mal verlangt.

Die Unterstützung der Drisarmenverbande Merseburg eine außerordentliche Unterstützung von 3 Mark gewährt worden, um seine und seiner, aus der Ehefrau und 7 Kindern bestehenden, Familie dringende Noth, welche in Folge völliger Arbeits- und Mittellosigkeit eingetreten war, zu lindern.

Merseburger Correspondent.

Ersteinst:
Sonntag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag
und Sonnabend früh 7½ Uhr.
Geschäftsstelle: Delgrube Nr. 5.

Wöchentliche Beilage:
Illustrirtes Sonntagsblatt.

Abonnementspreis
für das Quartal: 1 Mark bei Abholung. —
1 Mark 20 Pfg. durch den Fernträger. —
1 Mark 25 Pfg. durch die Post.

No. 32.

Sonntag den 14. Februar.

1892.

Die Tendenz des Jeddischen Volksschulgesetzes

ist durch die Vorgänge in der Donnerstags-Sitzung der Commission in überraschender Weise ans Licht gezogen worden. Der Cultusminister hat bekanntlich dem Vorschlag der Linken, dem Prinzpräsident durch die Beschneidung des Gesetzes auf die äußeren Verhältnisse der Volksschule ein Ende zu machen, mit der Behauptung widerprochen, es sei endlich an der Zeit, das Gesetz an die Stelle des weissen Erntesens eines Ministers zu setzen. Der Gedanke, der ministeriellen Allmacht auf dem Gebiete der Volksschule feste Schranken zu setzen, hat ja für Jeden, der die Schattenseiten des bestehenden Zustandes kennt, etwas verführerisches. Indessen stellt sich, je weiter die Betrachtung fortschreitet, um so deutlicher heraus, daß der jetzt vorliegende Gesetzesentwurf zwar der Action des Ministers und der Behörden einen gewissen Rahmen giebt, daß aber, wenn das Gesetz zu Stande kommt, das weisse Erntesens des jeweiligen Cultusministers nur in solchen Punkten beschränkt wird, in denen z. B. ein zweiter Fall von der Praxis des Grafen Jeddiz abweichen möchte, und daß der Minister es nach wie vor in der Hand hat, den Kirchen in der Herrschaft über die Schule Zugeständnisse zu machen, die über die in dem Gesetz festgestellten weit hinausgehen. Von freiermüthiger Seite war nach dem Vorgange des Ministers v. Mühlner beantragt worden, die Maximalzahl der wöchentlichen Religionsstunden in dem Gesetz festzulegen, um, wie das auch Herr von Mühlner beabsichtigt hatte, zu weit gehenden Ansprüchen der Kirchen einen Damm entgegenzusetzen. Wohl hätte Graf Jeddiz über die Zahl der Stunden, die der Abg. Nicker nach den Jedd'schen Regularativen von 1872 normiren wollte, Bedenken erheben können, obgleich die Jedd'schen Regularative bis jetzt noch in Kraft sind. Nichts dergleichen. Der Cultusminister erklärte, er müsse in dem Antrag ein Misstrauensvotum gegen seine Person sehen. Auf der einen Seite also wird eine gesetzliche Regelung des Volksschulwesens verlangt, weil das weisse Erntesens des Cultusministers nicht ausreicht; soll aber eine Bestimmung in das Gesetz eingefügt werden, welche dem Cultusminister den kirchlichen Ansprüchen gegenüber den Händen stügen soll, so sagt Graf Jeddiz, man misstrauet ihm. Diese Taktik ist außerordentlich durchsichtig. Den Kirchen gegenüber will Graf Jeddiz freie Hand behalten, für den Fall, daß er Anlaß haben sollte, ihnen Zugeständnisse zu machen, die sie auf Grund des Gesetzes nicht beanspruchen können. Denn wenn der Cultusminister in der That entschlossen war, am höchstens vierstündigen Religionsunterricht in mehrklassigen, an höchstens fünfstündigen an einklassigen Schulen festzuhalten, so könnte ihn die gesetzliche Festsetzung dieser Zahl nicht berühren. Die Vertheidigung des Ministers ist also der Art, daß ein Misstrauensvotum gegen seine Person durchaus gerechtfertigt erscheinen könnte. Die eigentliche Absicht des Gesetzes ist keine andere als die, Vorkehrungen zu treffen für den Fall, daß in der Folge einmal ein zweiter Fall in das Cultusministerium einziehen sollte. Nicht sein eigenes weisses Erntesens will Graf Jeddiz beschränken, sondern dasjenige seiner eventuellen Nachfolger. Er würde auch ohne Gesetz weitgehenden Ansprüchen der Kirchen entsprechen; aber worauf es ankommt, ist, seine Nachfolger zu zwingen, eventuell im Widerspruch mit ihrer besseren Ueberzeugung seine Wege zu wandeln.

Politische Ueberflucht.

Ueber die deutsch-russischen Beziehungen hat die offiziöse Wiener „Polit. Correspondenz“, wie schon gestern nach einem telegraphischen Auszug kurz erwähnt, einen Berliner Brief erhalten, der interessant genug ist, um ihn ausführlich wiederzugeben. Eingangswort wird darauf hingewiesen, daß die russischen oder russisch beeinflussten Zeitungsstimmen, welche von einer zu erwartenden Besserung in den

politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland sprechen, zurückzuführen sind auf russische Anleihenbemühungen. In Bezug hierauf heißt es in der Correspondenz wörtlich: „Man sollte sich doch endlich darüber klar werden, daß alles jenes Gerede, das von Petersburg aus in die Welt geblasen wird, bei uns nicht den geringsten Glauben findet, das man sich überhaupt nicht mehr mit Worten abspiecen läßt, sondern Thatsachen sehen will. Im Uebrigen weiß man in Deutschland ganz genau, das bis zum 1. Februar 1892 in Rußland den Fabrikanten gegenüber die Verpflichtung besteht, die hohen Zölle auf Eisen nicht herabzusetzen. Auch mit der Eventualität einer Aufhebung der Getreide-Ausfuhrverbote ist neuerdings durch das Hinauswerfen widersprechender Nachrichten ein lebhafter Unfug getrieben worden. Alles das wird nicht im Stande sein, die ruhige und aufmerksame Kritik zu verwirren, die hier an den maßgebenden Stellen geübt wird und in der germanischen Presse eine so nachhaltige Unternehmung findet, daß selbst von solchen Kreisen, wo man vielleicht ganz gerne ein fettes russisches Anleihengeschäft machen würde, keinerlei entsprechende Andeutung versucht wird. Die Situation ist eben im Ganzen und Großen gerade dieselbe, wie sie Fürst Bismarck genau vor vier Jahren im Reichstage schilderte, als er sagte, daß selbst ein selbständiges Subjekt unter russischer Herrschaft für gebräutete, mit Rußland wie 1888 Rußland befreundete die Verheißung eines Vergebens wieder herbeizuschaffen, in letzterem, der Nachgebezeit in Rußland auf andere, undragende, unhandliche; anständigen; Preisgabe zur französischen geringes unbekanntes 1890 nicht in Tagen Zweifel, die fallender; es doch hätte und Widerspruch überhan darf gepannt sein, ob in der That jede Aufklärung ausbleiben wird.“

Eine neue russisch-französische Verbrüderungsfeste scheint wieder einmal bevorzustehen. Wie der „Temps“ meldet, würde das französische Levante-Geschwader von Port-Saïd nach dem Piräus gehen und dort mit der gegenwärtig vor Alexandria ankernden russischen Levante-Division zusammentreffen. Ueber die ägyptische Frage beziehen bekanntlich in England zwischen den Konservativen und Liberalen sehr verschiedene Ansichten. Am Donnerstag kamen diese verschiedenen Auffassungen gelegentlich der fortgesetzten Adressdebatten auch im englischen Unterhause zur Sprache. Chamberlain richtete einen scharfen Angriff gegen die Opposition in Bezug auf die in einer Rede Gladstones enthaltenen Bedingungen zur Räumung Aegyptens. Eine solche Politik, fuhr der Redner fort, sei eines großen Landes wie England unwürdig, und würde Aegypten in den Zustand der Barbarei zurückführen. John Morley antwortete Namens der Opposition, das Gladstones Worte mißverstanden worden seien. Er verlange die sofortige Räumung Aegyptens nicht, sondern wünsche sie nur in einer

bestimmt ausgesprochenen Zeit. Lord Salisbury's Politik beabsichtige jedoch weder den einen Kurs noch den andern. So lange England sich in Aegypten als Herr betrachte und nicht als der Beauftragte der Großmächte, werde England immer Angriffen ausgegesetzt sein.

Zur Regelung der portugiesischen Finanzen ist bekanntlich der portugiesische Gesandte in London, Herr Soveral, nach Berlin gekommen. Bestimmte Vorschläge hatte der „Polit.“ zufolge Herr Soveral nicht zu unterbreiten und ebensowenig sind ihm von hiesiger Seite Vorschläge gemacht worden; nur soviel werde Herr Soveral in Erfahrung gebracht haben, daß das hiesige Schulp-Comitee gegen eine etwa beabsichtigte Kapitalreduction mit aller Entschiedenheit Front machen dürfe.

Der Sultan soll nach einer Zuschrift an die offiziöse Wiener „Polit. Correspondenz“ ein Konstantinopeler den lebhaftesten Wunsch haben, daß der neue Khediv von Aegypten durch seinen Besuch in Konstantinopel dem Abhängigkeits-Verhältnisse einen förmlichen Ausdruck gebe. — Eine kleine jüdische Colonie, von dem Deutschen Friedmann am Südufer des Akabagol's gegründet, wurde nach einer „Times“-Meldung aus Kairo von den ägyptischen Behörden aufgelöst, weil dieselbe drohte einen Grenzstreit zwischen der Türkei und Aegypten zu verursachen. Friedmann wurde ausgewiesen.

Eine neue Revolution soll nach einer „Times“-Meldung aus Rio Grande in Brasilien bevorstehen. Die Minister haben ihren Abschied genommen. In Pelotas scheint ein Conflict zwischen dem Pöbel und den Truppen auszubrechen. Die Telegraphenlinien der Regierung sind zwischen Porto Alegre und Pelotas durchgeschnitten.

Deutschland.

Berlin, 13. Februar. Der Kaiser beabsichtigt gestern Vormittag die Rekruten der Leib-Compagnie, sowie der 2., 5., 8. und 12. Compagnie des 1. Garderegiments. Um 7 Uhr fand zu Ehren des Kronprinzen von Schweden im Schlosse ein Mahl statt, an welchem außer dem Kronprinzen von Schweden nebst Gefolge und Ehrenmitgliedern und dem schwedischen Gesandten am hiesigen Hofe Baron von Lagerheim auch die erbgroßherzoglich badischen und erbpfälzisch-sachsen-meining. Herrschaften und Herzogin, Hoheliten der Prinz und die Prinzessin Heinrich von Preußen und Prinz Max von Baden teilnahmen. — In dem Befinden der Kaiserin ist seit gestern noch keine wesentliche Aenderung eingetreten. Derselbe ist immer noch genöthigt, das Zimmer zu hüten. — Die Kaiserin Friedrich besuchte am vorgestrigen Nachmittage das städtische Krankenhaus am Friedrichshain. — Der Kronprinz von Schweden entsprach gestern einer Einladung der erbgroßherzoglich badischen Herrschaften zur Frühstückstafel. Heute gedankt der Kronprinz weiter zu reisen.

— Der Staatsrath soll, wie mehreren Blättern aus Berlin geschrieben wird, demnächst berufen werden, um verschiedene wirtschaftliche Angelegenheiten seinem Gutachten zu unterbreiten. — Dabei wird auch nichts Besonderes herauskommen.

— Die Reichsunmittelbaren Preussens sollen in Kassel nicht weniger als den preussischen Beitrag der neuen Einkommensteuer verlangt haben als Entschädigung für ihre Heranziehung zur Steuerpflicht. Nachdem die Regierung sich gegen eine solche Entschädigung in dieser Höhe erklärt hat, wollen die Fürsten von Wied, Jsenburg-Büdingen, Wittgenstein, Bentheim-Steinfurt und Graf von Stolberg-Krosta nochmals in Kassel zusammenkommen, um zu überlegen, ob sie's nicht auch billiger thun können mit Rücksicht darauf, daß andernfalls die Regierung die Entschädigung ohne ihre Zustimmung durch Gesetz normiren läßt.

— (Zum Volksschulgesetzentwurf.) Daß die Erregung im Lande über das Schulgesetz von